

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden sie auf der letzten Seite im Impressum.



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Geopolitik und Versorgungssicherheit von Benjamin Fischer

Seite 2

Kanton Zürich
Sicherheit und Stabilität des Flughafens bedroht von Bernhard im Oberdorf

Seite 3

Aktuell
Widersprüchliche Neutralitätspolitik von Yvette Estermann

Seite 4-5

Parlamentsgemeinden
Auf Katerstimmung folgt Blindflug von Derek Richter

Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Zürichsee-Fischessen mit Alfred Heer

Seite 8

ABSTIMMUNGSANALYSE

Wir müssen die Wahlen gewinnen

Der SVP gelang letzten Sonntag ein beachtliches Resultat. Sie mobilisierte weit über ihren Wähleranteil hinaus. Den Befürwortern gelang der Sieg nur dank Versprechen, die sie nicht werden halten können. Um die Weichen längerfristig richtig zu stellen, braucht es wieder eine bürgerliche Mehrheit in Bern bei den Wahlen im Herbst.



Längerfristig sind Kernkraftwerke für eine stabile Stromversorgung unverzichtbar. Im Bild: Kernkraftwerk Beznau.

Bild: Wikipedia

Ohne starke SVP und eine klare bürgerliche Mehrheit in Bundesbern drohen in den kommenden Jahren weitere Verbote und bevormundende Beschlüsse im Energiebereich. Dazu wird unser Land weiter von Wirtschaftsflüchtlingen überflutet, was den Stromverbrauch jährlich erhöht und die Versorgungssicherheit noch mehr gefährdet. Im kom-

menden Wahlherbst steht für unser Land viel auf dem Spiel. Wir leben in Saus und Braus. Der Wohlstand der Zürcher Bevölkerung nimmt seit 30 Jahren stetig zu. Wir arbeiten weniger, verdienen aber mehr. In dieser Wohlgefühllose lebend wurde am vergangenen Sonntag auch das Klima-Gesetz vom Volk angenommen.

Die SVP hat das Referendum gegen das Klima-Gesetz ergriffen und einen Abstimmungskampf allein gegen alle geführt. Dies war richtig und wichtig, denn mit 41% Nein-Stimmen können wir ein beachtliches Resultat vorweisen. 41% der Schweizer Bürgerinnen und Bürger wollen auch in Zukunft eine sichere und bezahlbare Energieversorgung

ohne Bevormundung und ideologische Technologieverbote.

Irreführung der Bevölkerung

Nur einen Tag nach dem Ja zum Klima-Gesetz blockieren Klima-Kleber wieder die Strassen von Zürich. Damit zeigen sie, worum es ihnen in Wahrheit geht: Zwang und Verbote. Sie ruhen erst, wenn das letzte Benzin-Auto verboten, die letzte funktionierende Öl-Heizung herausgerissen und unsere wunderbare Naturlandschaft mit ineffizienten Wind- und Solaranlagen zugespflastert ist. Oder ruhen sie erst, wenn wir, wie in Irland vom Umweltministerium vorgeschlagen, unsere Kühe schlachten, um die absurden Pariser Klimaziele zu erreichen?

Gewonnen haben die Befürworter die Abstimmung mit dem Versprechen, es werde weder höhere Kosten noch Verbote geben. Bereits am zweiten Tag nach dem Abstimmungssonntag wird die Irreführung der Bevölkerung aufgedeckt. Der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen kündigt 12 % höhere Strompreise für das Jahr 2024 an. Hauptgrund für den erneuten Preisanstieg: «Die Strompreise am Grosshandelsmarkt sind 2021 unter anderem aufgrund von höheren Brennstoff- und CO₂-Preisen, historisch niedrigen Füllständen in den Gasspeichern sowie Kraftwerksausfällen und -abschaltungen massiv angestiegen.»

Wir müssen neue Kernkraftwerke bauen

Besonders bitter ist das Ergebnis für die Leute auf dem Land. Auch im Kanton Zürich haben viele Landgemeinden das Klima-Gesetz abgelehnt. Es zeigt sich zum wiederholten Mal ein bedenklicher Stadt-Land-Graben. Die linksgrünen Städte diktieren und die unterle-

gene Landbevölkerung muss die Folgen ausbaden: Verschandelung der Landschaft durch Windkraftanlagen, Solarpanels, Stromleitungen und Staumauern.

Die Befürworter stehen in der Pflicht, dass die Schweiz in Zukunft genug Strom hat, ohne die Landschaft durch Tausende Windräder und freistehende Solaranlagen zu zerstören. Es kann und darf nicht sein, dass die Leute auf dem Land einmal mehr die Folgen der ideologischen und realitätsfernen Politik der linksgrünen Städte ausbaden müssen. Wir müssen neue Kernkraftwerke bauen, um unsere Landschaft zu schützen und weiterhin auf eine sichere und bezahlbare Energieversorgung zählen zu können.

Die Wahlen sind entscheidend

Im Klima-Gesetz sind neben Fördermitteln keine konkreten Massnahmen zur Erreichung der Pariser Klimaziele festgehalten. Weitere Massnahmen sollen in den kommenden Jahren in anderen Gesetzen (z.B. CO₂-Gesetz) vom Bundesparlament beschlossen werden. Neue Verbote und Vorschriften sowie steigende Energiepreise müssen von der SVP konsequent bekämpft werden.

Dies gelingt am besten und einfachsten mit einer bürgerlichen Mehrheit. Wir brauchen eine solide bürgerliche Mehrheit im Herbst, die SVP muss die Wahlen gewinnen. Es lohnt sich, alles dafür zu machen. Danke für Ihre Unterstützung.



Domenik Ledergerber
Parteipräsident und
Kantonsrat SVP
Herrliberg

romainergenmoser.ch

ROMAINE –
ERFRISCHEND
ANDERS

KEINE HEISSE
&
GARANTIERT
LUFT

Am 22. Oktober in den Nationalrat

Jetzt unserem
WhatsApp-Chat beitreten
und nichts mehr in Bezug
auf die Wahlen verpassen!

Infokanal SVP KL ZH SPNR-
Wahlen 23

Referat von
Kantonsrätin Nina Fehr Düsel
an der Mitgliederversammlung der SVP Kreis 8

Dienstag, 27. Juni 2023, ab 19 Uhr
Wild West Steakhouse, Inchehlpark
Winterthurerstr. 175, Zürich

Alle Anwesenden sind zu
einem Apéro eingeladen.
Auch Nicht-Mitglieder sind
herzlich willkommen.

Ihre Teilnahme
würde mich freuen!



Christoph Mörgeli

Ein Molina der anderen Art

Letzte Woche erlebte das Publikum einen ganz neuen SP-Nationalrat Fabian Molina. Er schwärmte im «Talk täglich» von TeleZüri mehrfach von «Unabhängigkeit». Dabei steht in seinem Parteiprogramm: «Die viel beschworene Unabhängigkeit» erweise sich für die Schweiz «als Mythos». Auch feierte Molina begeistert die «Souveränität». Wo doch im SP-Parteiprogramm Verbrecher gegen die Menschlichkeit und deren «Deckmantel der staatlichen Souveränität» angeprangert werden. Leider meinte Molina mit seiner Unabhängigkeit und Souveränität nur jene der Ukraine. Darum hat er, der nie im Leben ein Schweizer Kreuz am Revers tragen würde, demonstrativ die ukrainischen Farben angeheftet. Schon bei Hitlers Überfall auf Polen 1939 hätte sich unser Land mit der Staatenwelt auf die Seite Polens stellen müssen, dozierte der Linkspolitiker. Kein Problem für den kriegerischen Jüngling mit der Gnade der späten Geburt. Hat er wirklich keine Ahnung, dass die SP damals über Jahrzehnte sämtliche Wehrkredite verweigerte? Molina hätte mit den 120 einsatzbereiten Schweizer Militärflugzeugen locker die 4333 deutschen Maschinen vom Himmel geholt. Was ist von Fabian Molinas Lob und Preis des ukrainischen «Selbstverteidigungskampfs» zu halten? Seine SP will ja «durch die Abschaffung der Armee ein globales Zeichen setzen». Molina billigt der Ukraine jenes Verteidigungsrecht zu, dass er seinem eigenen Land verweigert. Er legte ein Bekenntnis zur Neutralität ab, um gleichzeitig Panzerlieferungen, den Wirtschaftskrieg und das willkürliche Einziehen von Geldern zu fordern. Wer auf Nichteinmischung der Schweiz poche, sei von «Feigheit» und «Vaterlandshass» getrieben. Mit Schillers «Tell» schliesst sich Fabian Molina ans Vaterland, ans treue, an. Er versicherte: «Die Schweiz wird nicht am Hindukusch, sondern am Rhein verteidigt.» Genau das haben jene Schweizer Soldaten 1939 getan, die sich Molina eben noch in Polen wünschte. Der Aussenpolitiker ist neuerdings auch Verteidigungspolitiker. Geht auch als GSoA-Armeeabschaffer und mit dem Stempel «dienstun-tauglich».

BERICHT AUS BERN

Rückblick auf die Sommersession 2023

Das Wahljahr wirft seine Schatten voraus. Die Parteien wollen sich positionieren. Der Feministinnenstreik entwickelt sich. Die Rede von Selensky im Nationalratsaal.

Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Hagenbuch

Als Vorbereitung für die Wahlen wollen sich die Parteien positionieren und ihren Wählern schon mal zeigen, wofür sie stehen. Dies kam mit zwei ausserordentlichen Sessions zu den speziell traktandierten Themenbereichen Migration und Gleichstellung zum Ausdruck.

Luxusvorstösse zum Feministinnenstreik

Diese fanden natürlich, wie könnte es anders sein, am Frauentreiktag mit acht Vorstössen zur Gleichstellung statt. Prävention gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, in der Grundausbildung und im Gymi soll obligatorisch werden. Für eine Lohngleichheit sollen Arbeitgeber mit mehr als 50 Arbeitnehmern eine betriebsinterne Lohngleichheitsanalyse durchführen müssen. Auch

Nach einer umtriebigen Session kehrt im Nationalratsaal wieder Ruhe ein.
Bild: Wikipedia

eine Reduktion der Arbeitszeit auf 35 Wochenstunden oder die 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich für tiefe und mittlere Löhne wurden gefordert. Ein Bericht soll aufzeigen, wie das Potenzial der Familienarbeit in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit den angemessenen Stellenwert erhält. Keine Benachteiligung von Arbeitnehmern wegen der Geschlechtsidentität oder der sexuellen Orientierung. Ein Ausbau von staatlichen Kontrollen bedeutet immer Kosten für die Arbeitgeber. Gleichzeitig soll bei gleichem Lohn weniger gearbeitet werden. Wer will denn da noch Arbeitgeber sein?

Ausserordentliche Session zur Migration

Am gleichen Tag fand eine ausserordentliche Session – von unserer Fraktion eingereicht – zum Thema Migration statt. Der Rechtsstaat soll im Asylwesen nach Dubliner Abkommen wieder funktionieren. Es sollen Transitzone zur Durchführung sämtlicher Asylverfahren geschaffen werden. Das Resettlement-Programm soll ausgesetzt und eine Rückführungsoffensive eingesetzt werden. All unsere Vorstösse wurden leider abgelehnt. Gespräche mit Menschen an den Standaktionen zeigen, dass das Parlament anders funktioniert oder denkt als die Leute auf der Strasse. Während viele wegen der momentanen Situation in unserem Land besorgt sind, befürwortet das Parlament immer wieder grosse Ausgaben, will kürzere Arbeitszeiten, immer neue erschwerende Kontrollen für KMU und Zugewanderte erleichtert einbürgern.

Ein Vorstoss der SP für eine Evaluation zur Unterbringung aller Asylbewerber im privaten Bereich wurde angenommen. Ebenso der Vorstoss der GLP für die Vision einer 10-Millionen-Schweiz. Das lässt nichts Gutes ahnen.

Hoffen wir, dass die private Unterbringung von Asylbewerbern nicht erzwungen wird. Jene, die die Vision einer 10-Millionen-Schweiz befürworten, zeigen keine Bereitschaft, die Zuwanderung wieder selbst zu regulieren.

Linksgrüne Altersvorsorge-Umverteilung scheitert

Das Postulat von Léonore Porchet (spricht sich aus wie der Sportwagen), grüne Nationalrätin VD und Vizepräsidentin von Travail.Suisse, forderte eine Prüfung der Frage, wie eine Abgabe auf hohen Vermögen zur Finanzierung der AHV beizugezogen werden kann.

Im Moment bezahlen nur Nichterwerbstätige ohne erwerbstätigen Partner ab einem Vermögen von CHF 340 000 einen Beitrag an die AHV. Mit dem Postulat sollte geprüft werden, welche Auswirkungen eine Ausdehnung dieser Vermögenssteuer für die AHV auf weitere Personen hätte. «Eine zweckgebundene Besteuerung hoher Vermögen für die AHV hätte es erlaubt, einen neuen Finanzierungskanal zu öffnen, der dem sozialen Ausgleich verpflichtet ist», meinte Travail.Suisse. Die Umverteilung in der Altersvorsorge ist schon heute gross. So bezahlen über 90% der Rentenbezüger weniger in die AHV ein, als sie beziehen. Die Solidarität ist gross. Ein weiterer Versuch zu einer noch grösseren Umverteilung ist glücklicherweise gescheitert. Linksgrün arbeitet schon länger an einer Lösung für einen Einheitsrententopf. In ihren Augen ist jegliches Vermögen ertragen und Gutverdiener haben nicht für ihre Karriere gearbeitet. Der Anreiz, für seine eigene Rente zu arbeiten, würde nach ihrem System völlig verschwinden. Gut hat sich der Nationalrat der Prüfung einer neuen Finanzierungsmöglichkeit für die AHV zu dieser Art und Weise verschlossen.

Pflegeberuf leidet unter linker Kampagne

Bei einem Informationsanlass zur Umsetzung der Pflegeinitiative bemerkte ich ein grosses Engagement der Linken, wieder über den Pflegeberuf zu klagen. Meinen Eindruck bestätigte der Direktionspräsident der Inselgruppe. Er bedauerte, dass das Berufsbild des Pflegeberufs durch das ständige Gejammer und das Schlechtreden der Arbeitsbedingungen gelitten hat. Bei seinen regelmässigen Umfragen über die Zufriedenheit seiner Mitarbeiter stellte sich auch letztes Jahr heraus, dass über 85% sehr zufrieden seien. Mit dem Jammern sollen wohl gewerkschaftliche Anliegen thematisiert werden. Erreicht haben sie nun, dass das Berufsbild unnötigerweise gelitten hat.

Die parlamentarische Gruppe für Arbeit lud zu einem Infoanlass mit dem Titel «Wann macht Arbeit krank und was kann die Politik machen?» ein. Lange Arbeitszeiten seien ein Gesundheitsrisiko.

Wegen des zunehmenden Stresses am Arbeitsplatz läuten scheinbar auch im öffentlichen Sektor bei vielen Berufsverbänden die Alarmglocken. Im Gesundheitsbereich trifft dies wahrscheinlich zu, wahrscheinlich weniger in der öffentlichen Verwaltung.

Rede von Selensky

Das Fernbleiben unserer Fraktion zur Rede von Herr Selensky löste einen kurzen Sturm aus. Im Vorfeld kamen wir zum Schluss, dass der Bundesrat die Aussenpolitik betreibt und wir ihm nicht in den Rücken fallen sollten.

Der Ratssaal ist keine Bühne für Ansprachen von Staatsoberhäuptern. Wir sind ein neutrales Land und sollten deshalb nicht nur eine Seite anhören. An einem öffentlichen Ort hätte Selensky eine grössere Zuhörerschaft erreicht. Wünschen wir allen Kriegsgeplagten auf beiden Seiten ein baldiges Ende des Krieges.

GEOPOLITIK

Geopolitik und Versorgungssicherheit der Zukunft

Die Versorgungssicherheit ist für die Schweiz zentral. Der Schweiz drohen aber neue Abhängigkeiten. Wirtschaft, Forschung und Politik müssen zusammenarbeiten, um diese zu verhindern.

Benjamin Fischer
Nationalrat SVP
Volketswil

Am 9. Juni 2023 konnte ich beim Swiss Institute for Global Affairs, einem sicherheitspolitischen Think-Tank, mit weiteren Gästen das Thema Versorgungssicherheit und Geopolitik diskutieren. Der Anlass beim Central in Zürich wurde von Dr. Urs Vögeli moderiert. Als Experten waren Alessandra Hool vom Entwicklungsfonds seltene Metalle, Juliana Kamasa vom Center for Security Studies der ETH Zürich und Kurt Rohrbach als Delegierter wirtschaftliche Landesversorgung anwesend.

Keine Abhängigkeiten schaffen

Wir dürfen im Bereich Versorgungssicherheit nicht getrieben von ideologischer Blindheit wieder in einseitige ausserpolitische Abhängigkeiten geraten. Die letzten Jahre haben gezeigt, wie rasch das passieren kann, wenn man nicht entsprechend vorsorgt und Verantwortlichkeiten frühzeitig klärt. In diesem Punkt war sich auch die Diskussionsrunde einig. Heute geht es um Gas, Öl und Strom, in Zukunft auch um Wasser, seltene Metalle, neue Technologien und andere Energieformen wie Wasserstoff. Ebenfalls Einigkeit herrschte zum Thema Vernetzung. Wir müssen in Politik und Verwaltung, aber auch in der Wirtschaft, davon wegkommen,

solche Probleme und Herausforderungen in klassische Schubladen zu versorgen. Gerade das Thema Versorgungssicherheit hat so viele Aspekte, dass es nicht reicht, das Thema nur ökonomisch, nur energiepolitisch, nur sicherheitspolitisch oder nur ausserpolitisch anzuschauen. Es braucht eine Gesamtsicht. Es braucht Krisenführung sowie eine Früherkennung von Chancen und Risiken.

Innovation und Unternehmertum

Solche Risiken entstehen beispielsweise durch eine linksgrüne Klimapolitik. Das Wegkommen von fossilen Energieformen bei gleichzeitiger Digitalisierung macht uns immer mehr von China abhängig. Viele neue Rohstoffe und Technologien, die für diese Klimapolitik nötig sind, werden heute schon und in Zukunft noch mehr von China dominiert. Zudem brauchen wir immer mehr Strom, den weder wir selber, noch unsere Nachbarstaaten produzieren können, wenn gewisse Technologien verboten bleiben oder eben nur einseitig auf Sonne und Wind gesetzt wird. Für mich heisst das also für die Schweiz: Wir müssen alle Technologien zulassen, auch die Kernenergie. Erneuerbare Energien sollen genauso ihren Platz haben. Mit unserer Wasserkraft sind wir bereits gut aufgestellt. Aber auch Wasserstoff und visionäre Ideen sollen vorangetrieben werden. Haupttreiber müssen aber die Unternehmen sein. Angewandte Forschung, Innovationen und Unternehmertum müssen Hand in Hand gehen. Ein weiteres Prinzip heisst

Diversifikation. Das Risiko muss gestreut werden. Es braucht also unterschiedliche Lösungen und unterschiedliche Wege, die der Schweiz möglichst viel Handlungsfreiheit lassen.

Alle haben zu wenig Energie

Weil mir das Thema Sicherheitspolitik und Versorgungssicherheit unter den Nägeln brennt, habe ich dazu auch im Parlament entsprechende Vorstösse eingereicht. Einerseits möchte ich, dass der Bundesrat ehrlich sagt, welche Kapazitäten für Energie- und Stromexporte in die Schweiz unsere Nachbarstaaten in Zukunft haben werden. Meine Befürchtung ist: Keine. Alle Staaten um uns herum haben zu wenig davon und

müssen in Zukunft noch mehr für sich selber schauen. Wir können uns also diesbezüglich nicht nur auf Europa verlassen. Der zweite Vorstoss will vom Bundesrat Antworten, wie er mit dem vernetzten Thema Versorgungssicherheit umgeht.

Sicherheitspolitik hat an Bedeutung gewonnen im letzten Jahr. Die Gefahr ist aber gross, dass lediglich die Verwaltung ausgebaut wird, die aber dringend nötige Vernetzung von Wirtschaft, Forschung, Sicherheitspolitik, Aussenpolitik, Energie- und Infrastrukturpolitik vernachlässigt bleibt. Dem möchte ich vorbeugen.

Ich sehe es als eine Hauptaufgabe der Politik, für Land und Leute die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und so für Sicherheit und Stabilität zu sorgen.

In welcher Menge zukünftig Strom in die Schweiz importiert werden kann, ist nur schwer planbar.
Bild: Pixabay

AUS DEM KANTONS RAT

Sicherheit und Stabilität des Flughafens von Ideologien und Interessen bedroht



Bernhard Im Oberdorf
Kantonsrat SVP
Zürich

Eine durch Ideologien und Interessen belastete Gegnerschaft des Flughafens macht mobil. Vernunft und sachgeleitete Argumente für das Vorhaben der Pistenverlängerungen gibt es. Es fragt sich nur, wie diese ins Ziel gebracht werden können.

Es war ein ideologischer Rundschlag, mit dem die Linke gegen den Flughafen ins Feld zog: Stand einst in erster Linie der Lärm im Fadenkreuz, so kommt nun die Ökologie dazu.

Wenn dann die Diskussion angeheizt wird mit der Polemik, dass die der Sicherheit und der Stabilität dienenden Pistenverlängerungen des Zürcher Airports «in Beton gegossene Kapazitätserweiterungen und Treibhausgaschleudern seien», dann ist das ein vollständiger Unsinn.

Doch selbst grober Unfug gewinnt in Zeiten der dialektischen Klimavergiftung noch Gehör.

Realitätsverlust bei den Gegnern

Die Schädlichkeit des Luftverkehrs wird so zum Leitthema und in völliger Verkennung der Realitäten glaubten die Grünen in der Tat, mit der Fundamentalopposition ihres Rückweisungsantrages der bescheidenen Pistenverlängerungen einen Klimawandel zu verhindern. Auch bei der SP war dieser Realitätsverlust spürbar. Die Grünliberalen ihrerseits begründeten ihren Antrag zur Rückweisung mit einem Misstrauen gegenüber dem Flughafen: Sie verlangten verbindliche Zusagen für eine Beschränkung des Luftverkehrs.

Natürlich hielt der Fraktionssprecher der SVP, Ueli Bamert, mit seinem sachkundigen Votum dagegen: Er legte überzeugend und faktenbasiert dar, dass es um Stabilität und Sicherheit geht und nicht um einen Kapazitätsausbau für

einen Flughafen, der für die Schweizer Wirtschaft zentral ist.

Doch gegen ideologische Verblendung helfen auch die sachlichsten Argumente wenig.

Interessenleitung im Faktencheck

Die Linke wird das im Ratssaal ungenutzt haben: So konnte der Schreiende, der als Mitglied der unabhängigen Schweizer Aviatik-Journalisten durch keinerlei Interessenbindungen befangen ist (verlegenes Gelächter bei den Grünen), dank dieser Mitgliedschaft auch Einblick gewinnen in viele Hintergründe, um damit Polemik und Wahrnehmung der Eigeninteresse von Flughafenrainern zu enttarnen. So wurde er bei einer Pressekonferenz am Tisch eines früheren Swissair-Direktionspräsidenten auch Zeuge davon, wie Kantonsräte dafür weibelten, dass die Kurven des NNI (Noise and Number Index) näher an die Pisten gezogen werden sollten, nachdem die Swissair ihre Flotte mit leiseren Flugzeugen umrüstete: Damit sollte mit weniger Lärmschutz näher an die Pisten gebaut werden können, sodass die Bemühungen des Lärmschutzes nicht den Menschen, sondern den Interessen gewisser Anrainer zugutekämen; so baute auch der damalige Präsident eines Lärmschutzverbandes sein Haus ausgerechnet in die Anflugschneise unter dem Stadlerberg.

Ebenso wurde klar, dass die reihenweise an Kantonsräte versandten Argumente der Gegner von Pistenverlängerungen reine Schönwetterzenarien und damit Halbwahrheiten sind.

Wohl können die Piloten mitbestimmen, auf welchen Pisten sie landen, doch bei schwierigen Wetterverhältnissen werden die Windverhältnisse andere Vorgaben machen: Durch eigene Beobachtung bei einem Landeanflug im Cockpit (einer ausländischen Airline) bei starken Westwinden wurde der Schreibende Zeuge davon, wie bei einem Nordanflug ein «Durchstart» (im Fachjargon «Go Around») notwendig wurde und mit einer engen Kurve über Klotten neu die Westpiste 28 angefliegen

werden musste. Es zeigte sich, dass bei diesen Turbulenzen eine auskorrigierte Landung auch gegen den Wind sehr anspruchsvoll ist und zu einem späten Aufsetzen führen kann. Mit voller Schubumkehr konnte der «Touch and Go» gerade noch vermieden werden.

Pistenlänge entscheidend für Sicherheit und Lärmschutz

Dies zeigt: Es entscheiden Sicherheitskriterien, zu denen auch die verbleibende Pistenlänge zählt, ob die Landung abgebrochen und ein neuer Anflug gemacht werden muss. Und gerade da kann die Verlängerung der Piste 28 entscheidend sein, damit nicht nochmals über besiedeltes Gebiet hinweg mit vollem Schub «durchgestartet» werden muss. Ein Sicherheitsrisiko stellt dies bei Einhaltung der Standards zwar nicht dar, wohl aber ein Lärmrisiko. Somit steht die geplante Pistenverlängerung ausgerechnet im Dienste der Lärmvermeidung.

Auch wenn damit die Argumente der Gegner Pistenverlängerung durch die Fakten geradezu auf den Kopf gestellt werden, dürften auch solche direkt erlebte Beweise an den Köpfen der Gegner abprallen.

So ist das mit Ideologisierung und einseitigen Interessenvertretungen: Dagegen sind auch rationale Argumente ohnmächtig.

Zeit für Reifung?

Kein Wunder, musste die Debatte angesichts einer schon geschlossenen Rednerliste mit ursprünglich 33 Votanten kurz vor Mittag durch einen erfolgreichen Ordnungsantrag von Martin Hübscher, dem Fraktionspräsidenten der SVP, abgebrochen werden, als immer noch 15 Redner auf der Liste standen. Vielleicht dient die Vertagung – bis es zur Weiterführung der Debatte nach den Sommerferien und zur wahrscheinlichen Volksabstimmung kommt – idealerweise einem Prozess der Reifung und damit der Besinnung auf die Vernunft und der Gewinnung von Vertrauen.

AUF REISEN

Showdown am Flughafen



Romaine Roggenmoser
Kantonsrätin SVP
Bülach

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass genau heute im Rat die Debatte um die Pistenverlängerung anstand, zu deren Verlauf die Details dem Ratsbericht zu entnehmen sind. Denn ausgerechnet heute fand auch unser Fraktionsausflug statt, der von den Kantonsräten des Bezirks Bülach organisiert wurde. Und – welch Überraschung – einen grossen Teil unseres Ausflugs verbringen wir am Flughafen selber. Schon das alleine zeigt die Wichtigkeit dieses Wirtschaftsmotors. Nach einem Steh-Apéro mit bester Aussicht im Circle Park verschoben sich die verschiedenen Gruppen zu den einzelnen Aktivitäten. Das Programm war so vielseitig und interessant wie der ganze Bezirk.

Den kürzesten Weg hatte die Gruppe, die sich das ambulante Gesundheitszentrum des USZ im Circle vorstellen liess. Der Präsident des Spitalrates, André Zemp, führte die Gruppe persönlich durch die vielseitigen und beeindruckenden Räumlichkeiten.

Die Gruppe «Glattzentrum» erfuhr mehr über die Herausforderungen des stationären Handels. Den exklusiven Blick hinter die Kulissen des erfolgreichsten Einkaufszentrums der Schweiz mit jährlich über 9 Millionen Besuchern gewährte uns der CEO Rageth Clavadetscher gleich selber.

Soll einer sagen, die Luftfahrt begeistert nicht Jung und Alt. Denn die Gruppe beim Lufthansa Aviation Training war mit Abstand die grösste. Die Teilnehmer konnten natürlich gleich selber Platz nehmen im Cockpit und sich einen Kindheitstraum erfüllen.

Ein besonderer Leckerbissen war die Betriebsführung bei der Firma Kyburz Switzerland. Praktisch jeder hat schon einmal Produkte dieser Firma gesehen: nämlich dann, wenn der Pöstler die Post bringt. Die bringt er nämlich auf



Kantonsrat Urs Waser geniesst den Besuch bei der Kyburz sichtlich. Bild: ZVG

einem Elektromobil der Firma Kyburz. Die Firma war ihrer Zeit nicht nur mit den Post-Wägeli voraus, die sie bis nach Neuseeland vertreibt, sie ist aktuell auch führend im Batterierecycling. Der innovative Patron alter Schule, Martin Kyburz, weihte die Gruppe gleich selber in die Geheimnisse seiner zahlreichen Erfindungen ein. So geht Innovation auch ohne staatliche Fördergelder. Dass die Teilnehmer dann noch selber mit den Elektro-Wägeli herumkurven konnten, sorgte für Heiterkeit.

Die letzte Gruppe widmete sich dem geselligen Teil beim Weingut Gehring in Freienstein, wo sie sich davon überzeugen konnte, dass gute Tropfen auch im Zürcher Unterland gedeihen. Dies zeigen nicht zuletzt die vielen Auszeichnungen, die die Weine aus dem Hause Gehring erhalten haben. Ökologie und Nachhaltigkeit waren hier schon Programm, bevor der grosse Umwelthype losging.

Den gemütlichen Abschluss fand der Fraktionsausflug natürlich bei einem feinen Essen im neu renovierten Doktorhaus in Wallisellen. Ein herzliches Dankeschön den Organisatoren, aber vor allem auch den Betrieben und Firmen, die sich Zeit für uns genommen haben.

WORTE DES 1. VIZEPRÄSIDENTEN DER SVP KANTON ZÜRICH

Respekt vor der grossen Aufgabe

Gemeinsam mit meinem Zürcher Parteikollegen Alfred Heer habe ich den Auftrag erhalten, in der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Übernahme der Credit Suisse durch die UBS mitzuwirken. Diese Aufgabe ist zwar ehrenvoll, aber gleichzeitig auch mühevoll, denn es erwarten uns zahlreiche Sitzungen und Zugfahrten. Dennoch freue ich mich auf die Tätigkeit, ganz speziell auch darum, weil unsere Dreiervertretung der SVP verschiedene berufliche und politische Erfahrungen einbringen kann, die für die PUK zweifellos ein Gewinn sind.

Alfred Heer hat wie ich eine kaufmännische Ausbildung absolviert, war und ist ebenfalls seit jeher als Unternehmer in der privaten Wirtschaft tätig und bringt einen enorm reichen politischen Rucksack mit. So hat er viele Jahre erfolgreich unsere Zürcher Kantonalpartei geführt und sitzt seit 2007 im Nationalrat, wo er als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission (GPK) und als Mitglied sowie Präsident der wichtigen Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel) Einblick in geheimste Staatsangelegenheiten erhielt. Überdies verfügt Fredi über reiche internationale Erfahrungen, wirkt er doch auch im Europarat mit, hat viele Jahre im Ausland gelebt und ist in Fremdsprachen bestens bewandert. Sein politisches Gespür auf allen Ebenen ist sprichwörtlich und er wird mit seiner reichen Erfah-

ahrung der PUK wichtige Dienste leisten.

Unser geschätzter Kollege, Ständerat Werner Salzmann, ist gelernter Ingenieur-Agronom und dazu ein sehr gut qualifizierter Steuerchefexperte bei der Finanzdirektion des Kantons Bern. Er hat die Berner Kantonalpartei trotz Abspaltung der BDP zur alten Stärke zurückgeführt. Der Sicherheitspolitiker und hohe Offizier sammelte zudem Erfahrungen in der ständerätlichen Geschäftsprüfungskommission und wirkte international in der Delegation der parlamentarischen Versammlung der OSZE mit.

Ich selber habe mich dem Fraktionsvorstand zur Verfügung gestellt; nicht weil ich nach höheren Ämtern und Würden strebe, sondern weil ich glaube, in dieser PUK meine fast vierzigjährige Berufserfahrung im Bankfach einbringen zu können. Ich habe mich frühzeitig selbstständig gemacht und zwei private Bankinstitute gegründet, zuerst die Swissfirst AG und dann die Helvetische Bank AG, deren Haupteigentümer ich bin. Ich kenne also das Bankgeschäft à fond, weiss, wie die Nationalbank oder die FINMA funktioniert, und kenne mich auch mit den internationalen Finanzplätzen aus. Dennoch bin ich nicht mit den entsprechenden Interessenverbänden verbandelt, beispielsweise der Bankiervereinigung (SwissBanking).

Von der PUK zum betrüblichen Untergang der Credit Suisse erhoffe ich mir das, was ich bei einer parlamentarischen Geschäftsprüfung ganz grundsätzlich voraussetze: eine sachbezogene, gründliche Abklärung ohne politische oder gar parteipolitische Vorurteile. Gerade in dieser Hinsicht hat es in letzter Zeit allzu vielen Geschäftsprüfern gefehlt, was das Vertrauen in ihre Arbeit zerstören musste. Bei einer PUK sind die Anforderungen noch grösser, weil ihre Kompetenzen über jene einer GPK hinausgehen: Eine PUK ist nur in ausserordentlichen Fällen von grosser Tragweite vorgesehen – und wird nach dem Schlussbericht wieder aufgelöst. Die PUK hat umfassende Informationsrechte und kann auch Personen ausserhalb der Bundesverwaltung befragen. Umso sorgfältiger müssen wir mit diesen umfassenden Rechten umgehen: Damit das Vertrauen der Bürger in unsere Institutionen gestärkt statt geschwächt wird.



von Thomas Matter



Das stolze Organisationskomitee aus Romaine Roggenmoser, Christian Pfaller, Roman Schmid, Barbara Grüter und Alexander Seiler (v.l.n.r.). Bild: ZVG

Kantonsrat
Zürich

Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht

ein nebenamtliches Mitglied für das Baurekursgericht (SVP)

für die Amtsperiode 2023/2025

Das Baurekursgericht ist ein erstinstanzliches Fachgericht zur Beurteilung bau-, planungs- und umweltrechtlicher Rekurse. Seine Besondereit liegt darin, dass das nötige Fachwissen von den nebenamtlich tätigen Präsidenten/Präsidentinnen und Mitgliedern eingebracht wird. Zustutzwandige Experten sind dadurch in aller Regel erstbeschäftigt.

Anforderungen:

- Vertiefte Kenntnisse in den Fachbereichen Architektur, Planung, Ingenieurwesen, Umweltwissenschaften
- Vertrautheit mit juristischen Fragestellungen und Problemlösungen
- Verhandlungsgeschick und sklares Auftreten
- Kreislauf zur Teilnahme an Sitzungen (Rückbesprechungen), Ausgerechneten, Fälligkeitssprechungen etc. und zum Aktenstudium
- gestrichelt im Umfang von rund zwei halben Tagen pro Woche
- zeitliche und örtliche Flexibilität
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich
- Einwandfreier Leumund
- Alter nicht über 65 Jahren

Die Mitglieder des Baurekursgerichts werden durch den Kantonsrat gewählt. Der Sitz wird von der SVP besprochen. Die Einschuldigung der nebenamtlichen Mitglieder richtet sich nach § 91 der Personalverordnung.

Umfassende Informationen zum Baurekursgericht finden sich im Internet unter www.baurekursgericht.ch. Weitere Auskünfte erteilt die Sekretaria der kantonsrätlichen Justizkommission, in: Katen Meyer, tel. 043 259 90 87

Interessiert?
Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung inklusive Stichtatsbescheinigung und Wohnsitzbescheinigung (nicht älter als drei Monate) bis zum 26. Juni 2023.

SVP BEZIRK MEILEN

Podium zu Windturbinen und Stromfresser-Gesetz in Männedorf

Am Mittwoch, 7. Juni, lud die SVP des Bezirks Meilen zu einem Podium zum Thema «Windturbinen im Bezirk Meilen – Sinn oder Unsinn?» sowie zum «Stromfresser-Gesetz» in das Hotel Boldern in Männedorf.



Marion Matter
Kantonsrätin SVP
Meilen

Die malerische, friedliche Kulisse hoch über dem Zürichsee trog, denn die Themen des Podiums bargen gehörig Zündstoff und es wurde mit harten Bandagen gekämpft. Wer bezahlt die höheren Kosten? Steigen die Mieten? Bringt das neue Gesetz die erwünschten Resultate? Haben wir genügend Strom im nächsten Winter? Die SVP-Kantonsräte und Nationalratskandidaten Paul von Euw und Ueli Bamert argumentierten fundiert und konterten die Argumente aus dem Lager der Befürworter, welches durch die Kantonsräte Ann Barbara Franzen (FDP) und Thomas Forrer (Grüne) vertreten wurde, mit klaren

Aussagen. Die geplanten Windräder im Pfannenstielgebiet sorgten für weitere Emotionen. Es erstaunt schon sehr, dass die gleichen Grünen, die jeden Baum schützen und nichts Neues bauen möchten, plötzlich und ohne mit der Wimper zu zucken bereit sind, für kolossartige Windräder hektarweise Wald zu roden und breite Zufahrtsstrassen anzulegen. Ob die Menge Strom, die wir in unserem Bezirk mit Windanlagen theoretisch produzieren könnten, derart gravierende Eingriffe in die Natur rechtfertigt, muss stark bezweifelt werden. Es ging hoch her und die teils hitzige Diskussion traf ganz offensichtlich einen Nerv, denn trotz strahlendem Sonnenschein konnten die Organisatoren eine erfreuliche Anzahl Gäste begrüßen. Bevor die SVP-Bezirkspartei Meilen zum Apéro lud, machten die Zuschauer rege von der Möglichkeit Gebrauch, den Podiumsteilnehmern ihre Fragen zu stellen.



Die Kantonsräte Paul von Euw, Barbara Franzen und Ueli Bamert kreuzten in Männedorf die Klinge (v.l.n.r.). Bild: ZVG

SVP WINTERTHUR

Prächtige Grillparty im «Rössli» Seen

Im prächtigen Garten des Restaurants Rössli in Winterthur-Seen konnte Gemeinderat Pascal Werner eine grosse Zahl von SVPlern zum aktuellen Bericht aus dem Bundeshaus von Nationalrat Benjamin Fischer begrüßen.



Prof. Dr. Karl Spühler
Alt Bundesrichter SVP
Winterthur

Benjamin Fischer berichtete lebendig und sehr instruktiv von der aktuellen Session aus dem Bundeshaus. Vor allem die unzähligen Vorstösse von Rotgrün fallen hier negativ auf. Diese zeichnen sich nicht unbedingt durch Sachbezogenheit aus, sondern entspringen meist nicht nachvollziehbaren Ideen. Sie strotzen

kaum von Vernunft, belasten aber den Betrieb unnötig. Anhand von konkreten Beispielen zeigte der Redner auf, wie labil im Nationalrat die Mehrheitsverhältnisse sind. Es sollte bei den Wahlen im Herbst deshalb dringlich eine Korrektur erfolgen. Er rief die Anwesenden auf, sich für klare bürgerliche Verhältnisse einzusetzen. Dazu dienen nicht Streitigkeiten um Listenverbindungen; solche seien im Grunde nur arithmetischer Natur. Nur ein wirkliches Zusammenstehen der bürgerlichen Kräfte sei erfolgbringend. Nationalrat Fischer mischte sich in der Folge geschickt unter die vielen Anwe-

senden und beantwortete deren vielfältige Fragen. Dabei wurde er tatkräftig unterstützt durch Nationalrätin Therese Schläpfer, die per Velo von der SVP-Hochburg Hagenbuch nach Seen heruntergefahren war.

Anschliessend erhielt Romana Heuberger, FDP-Kandidatin für die Ersatzwahlen in den Winterthurer Stadtrat, Gelegenheit, sich den Anwesenden zu präsentieren.

Sie wies vor allem auf die schlimmen Verhältnisse in der Winterthurer Stadtpolitik und insbesondere auf das wenig demokratische Verhalten des rotgrünen Stadtrates hin. Sie stiess auf das uneingeschränkte Verständnis der Zuhörerschaft. Jedenfalls wird die Winterthurer SVP-Wählerschaft die freisinnige Stadtratskandidatin bei den Ersatzwahlen vom 18. Juni 2023 voll unterstützen. Denn im gebeutelten Winterthur herrscht echte gesamtbürgerliche Verantwortung und nicht Kleinkariertheit. Anschliessend kamen herrliche Salate und Grilladen auf den Tisch. Stadtparlamentarier Pascal Werner zeigte hier, dass seine Künste weit über das Politische hinausgehen. Alle waren politisch und kulinarisch zufrieden!



Der Organisator Pascal A. Werner, Wirt vom Rössli und Präsident der Sektion Oberwinterthur, zusammen mit Romaine Rogenmoser, Therese Schläpfer, Maria Wegelin und Benjamin Fischer (v.l.n.r.).

Bild: ZVG

SVP STADT ZÜRICH 11

Jahresausflug zum Flughafen Zürich



Peter Schick
Kantonsrat SVP
Zürich

Am Samstag, 10. Juni 2023, durften wir von der SVP Zürich 11 eine spezielle Flughafenbesichtigung bei schönstem Wetter geniessen. Mit einer Einführung in den Flugbetrieb am Pistenkreuzpunkt inmitten der startenden Flugzeuge fing die Besichtigung richtig an. Weiter ging es an die beiden geplanten Endpunkte der Pistenverlängerungen von 280 m und 400 m. Aus erster Hand wurden die Gründe für die Verlängerungen erläutert. Am grössten Naturschutzgebiet vom Kanton Zürich entlang ging es zurück ins Dock E. Bei einem stehenden Airbus der Swiss konnten alle ein Triebwerk von ganz nah bestaunen

und viele interessante Details erfahren. Im Gegensatz zu früher werden heute die Triebwerke am Standplatz abgeschaltet. Frischluft und Strom werden zugeführt. Dies zum Thema Nachhaltigkeit. Jetzt ging es noch in die Gepäcksortieranlage im Dock E. Jedes Gepäckstück für den Flug wird eingescannt. Auf dem Bildschirm wurden die verschiedenen Zahlen und Abkürzungen erklärt. Mit der Sky-Metro ging es wie-

der zurück. Der Flugbetrieb begeisterte und entsprechend wurden auch viele Fragen gestellt. Im Restaurant auf der Zuschauerterrasse konnten wir dann einen feinen Apéro geniessen.

Nach dieser Führung packte jeden das Fernweh. Alle, die dabei waren, können nun das JA zu den Pistenverlängerungen in ihrem persönlichen Umfeld mit Daten und Fakten noch besser erklären.



Das herrliche Wetter tat der gelungenen und lehrreichen Flughafenbesichtigung sicherlich keinen Abbruch.

Bild: ZVG

SVP WANGEN-BRÜTTISELLEN

Traditioneller Abstimmungs-Zmorge im Gsellhof

Die SVP Wangen-Brüttisellen hat am vergangenen Sonntag im Gsellhof in Brüttisellen den traditionellen Abstimmungs-Zmorge organisiert.

Ab 9.00 Uhr morgens konnten sich die Bürgerinnen und Bürger am reich-

haltig angerichteten Frühstücksbuffet verköstigen.

Der Anlass bot den Anwesenden die Möglichkeit, sich ungezwungen untereinander auszutauschen und innerhalb der Gemeinde zu vernetzen.



Behörden- und Vorstandsmitglieder der SVP Wangen-Brüttisellen begrüßen die Gäste am Abstimmungs-Zmorge.

Bild: ZVG

Zürichsee-Fischessen
mit Nationalrat Alfred Heer

Alfred Heer bedient Sie persönlich am:

Freitag, 30. Juni & Samstag, 1. Juli 2023
von 18.00 bis 21.00 Uhr

Seestrasse 2, Zollikon (5 Min. Fussweg von der Haltestelle Tiefenbrunnen, im überdachten Fischerhüsliareal am See)

Mit knusprig gebackenen Fischfilets, diversen Köstlichkeiten, Musik und Festbetrieb.
Gastgeber: Seesportfischerverein Zürich & Zollikon

Einladung zum Bezirkshöck
in der SVP Thalwil

Geschätzte SVP-Mitglieder und Sympathisanten

Für das gemütliche Beisammensein, lädt jeweils am ersten Donnerstag eines Quartals eine SVP-Sektion im Bezirk Horgen zum Höck ein.

Der kommende Höck findet wie folgt statt:

6. Juli 2023 um 19:00 im Restaurant Etlizberg in Thalwil

Wir freuen uns auf einen gemütlichen Abend mit spannenden Gesprächen.

Freundliche Grüsse

Gregor Süssli
Sektionspräsident SVP Thalwil

Verteiler:

arnold.suter@bluewin.ch, Arnold Suter, Sektionspräsident Kitchberg
leuthold@trustimmo.ch, Walter Leuthold, Sektionspräsident Richterswil
adrian@bizeel.ch, Adrian Biggel, Sektionspräsident Wädenswil
reto.tschopp@tschopp-bau.ch, Reto Tschopp, Sektionspräsident Langnau a. A.
sse.hauser@sunrise.ch, Sektionspräsidentin Rüschlikon
gsuessli@gmail.com, Gregor Süssli, Sektionspräsident Thalwil
sebastian.huber@adliswil.ch, Sebastian Huber, Sektionspräsident Adliswil
david.fabian.wolf@gmail.com, David Wolf, Sektionspräsident Horgen
aweb@awob.ch, Adrian Wegmann, Sektionspräsident Oberrieden

Die Partei des Mittelstandes

AUSSENPOLITIK

Die Armenier in Berg-Karabach sind akut bedroht. Was kann die Schweiz tun?



Gebirgslandschaft in Berg-Karabach.

Bild: Wikipedia



Yvette Estermann
Nationalrätin SVP
Kriens LU

Dank der Luzerner Stimmbevölkerung darf ich als Nationalrätin die Interessen der Luzernerinnen und Luzerner in Bern vertreten. In diesen 16 Jahren war ich Zeugin des ständigen Bestrebens der SVP, sich auch für die Christen und ihre Anliegen in dieser Welt einzusetzen. Dies mittels Vorstössen, aber auch in den Kommissionen.

Christenverfolgung

Es ist leider nicht selbstverständlich, dass die gleiche Freiheit, welche die Schweiz den anderen Religionen gewährt, auch für die Christen in anderen Ländern gilt. Es gibt immer noch Länder und Gebiete, in welchen Christen verfolgt werden. Als Christin und als SVP-Nationalrätin unterstütze ich die Bestrebungen der Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity International (CSI). Diese hat nämlich auf die untragbare Situation der Armenier in Berg-Karabach mittels eines Briefs an Bundesrat Ignazio Cassis aufmerksam gemacht.

Die SVP wünschte keine UNO-Mitgliedschaft der Schweiz und hat auch immer davor gewarnt, dass die Schweiz im Sicherheitsrat der UNO das Präsidium übernimmt. Jetzt ist es gegen den Willen der SVP so geschehen. Es wäre dann selbstverständlich, dass die Schweiz ihre heutige Position auf dem internationalen Parkett nützt und das Leid der Menschen nach Möglichkeit mindert. Es ist wichtig, auf das Unrecht und Leid hinzuweisen.

Widersprüchliche Neutralitätspolitik

Die Wahrung der Schweizer Neutralität wäre die erste Priorität. Diese ist aber stark verletzt worden, da die Schweiz die Sanktionen wegen des Ukraine-Konfliktes gegen Russland übernahm. So kommt sie als Friedensstifterin zwischen den zwei Parteien nicht mehr infrage. Hier lehnte sich die offizielle Schweiz weit aus dem Fenster, an einem anderen Ort aber, im Konflikt um Berg-Karabach, lässt es die Verantwortlichen scheinbar kalt.

Die Kernelemente der Forderungen von CSI an den Bundesrat sind folgende:

- Verurteilen der aserbaidischen Aggression;
- Einrichten einer humanitären Luftbrücke, sollte Aserbaidschan seine Blockade nicht beenden;
- Verhindern, dass in der Schweiz erzielte Gewinne aus dem Verkauf von aserbaidischem Öl für militärische Zwecke eingesetzt werden;
- Bekräftigen des Selbstbestimmungsrechts von Berg-Karabach.

Es wird bedauert, dass sich Bundesrat Cassis weder in seiner Antrittsrede als Präsident des UNO-Sicherheitsrates am 3. Mai noch in seiner Ansprache am 4. Mai anlässlich des Briefings des amtierenden OSZE-Vorsitzenden im Sicherheitsrat über die akute Krise in Berg-Karabach äusserte. Diese Unterlassung ist nicht vereinbar mit der Zusage des Bundesrates, seine Position im UNO-Sicherheitsrat zum Schutz der gefährdeten zivilen Bevölkerung zu nutzen.

Existenzielle Bedrohung

Worum geht es? Vor einigen Monaten zündete Aserbaidschans Regime die jüngste Stufe seiner Aggression gegen

120 000 christliche Armenier in Berg-Karabach. Die im Dezember 2022 errichtete Blockade des Latschin-Korridors bedroht diese Gemeinschaft existenziell.

In einer Völkermordwarnung beschrieb CSI schon vor einiger Zeit die sich mehrenden Anzeichen eines Genozids in Berg-Karabach. CSI hatte die Schweiz und andere UNO-Mitgliedstaaten eindringlich aufgefordert, ihrer Verpflichtung nachzukommen, um einen Völkermord zu verhindern.

Leider scheint der politische Einfluss des ölreichen Alijew-Regimes in Bern zu wachsen. Die staatliche Ölgesellschaft der Republik Aserbaidschan SOCAR betreibt Dutzende Tankstellen in der Schweiz und hat hier kürzlich auch die erste Wasserstofftankstelle eröffnet. Dies steht im Widerspruch zur Haltung weiter Teile der Schweizer Bevölkerung, die bestürzt ist über die Aggression gegen die Armenier in Berg-Karabach. Sie wünschen, dass der Bundesrat alle Möglichkeiten nutzt, um den laufenden Prozess der ethnischen und religiösen Säuberung im Kaukasus zu stoppen.

Auch wenn ich die Lage der Bevölkerung in Berg-Karabach nicht aus eigener Erfahrung kenne und mich auf die Berichterstattung anderer verlassen muss, unterstütze die Bestrebungen von CSI.

Ich bin überzeugt, dass wir als Menschen, welche in einem Land leben, das die Religionsfreiheit und Menschenwürde der Bevölkerung respektiert und garantiert, verpflichtet sind, uns für dieselbe Freiheit andernorts auf der Welt einzusetzen und dabei die wunden Stellen aufzuzeigen.

Wir können nicht viel direkt helfen. Aber wir können bewirken, dass geholfen wird.

SELBSTVERACHTUNG

Rede an falsche Adresse



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Mit dem Auftritt des ukrainischen Präsidenten Selenskyj im Parlament hat die Schweizer Classe politique Grundsätzliches verletzt: Ob ein Redner nun Selenskyj heisst oder Putin, ob Scholz oder Macron – eine gewisse Ordnung gilt es auch in der Politik zu beachten, sonst fällt das Gefüge eines Staates auseinander.

Selenskyj richtete seine Berner Rede nämlich an die falsche Adresse. Auf seiner Ebene wäre die Schweizer Regierung, also der Bundesrat, die zuständige Instanz. Es ist falsch, wenn das Parlament zulässt, dass sich regierende Staatsleute anderer Länder an unsere Volks- und Ständesvertreter wenden. Denn dann steht das Parlament da wie ein Befehlsempfänger, der die Forderungen nach Unterstützung, Geld und Waffen direkt entgegennehmen muss. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Winston Churchill

in der Schweiz begeistert gefeiert. Aber der frühere Premier sprach nicht im Parlament, sondern vor dem Berner Rathaus, in der Universität Zürich und auf dem Zürcher Münsterhof. Ganz ähnlich Bundeskanzler Helmut Kohl, der seine Wünsche an die Schweiz, der EU beizutreten, in der Aula der Uni Zürich äusserte.

Churchill hat am 26. Dezember 1941 auf Wunsch des amerikanischen Präsidenten und des Kongresses vor dem Parlament gesprochen, denn mit dem kurz zuvor verübten Überfall auf Pearl Harbor waren die USA und Grossbritannien Alliierte im Krieg gegen die Achsenmächte und Japan. Beide Staaten, so Churchill, müssten noch viel lernen in der «grausamen Kunst des Krieges». Auch müsse noch viel geschehen, bevor die Allianz ihre volle Kraft entfalten könne.

Doch Churchill, tiefsinnig und humorvoll, begann seine Rede: «Mein Vater war Brite und meine Mutter Amerikanerin. Wäre es umgekehrt, würde ich vielleicht an Ihrer Stelle sitzen.»

In diesem Fall wäre dies nicht das erste Mal gewesen, dass Sie meine Stimme gehört hätten.»

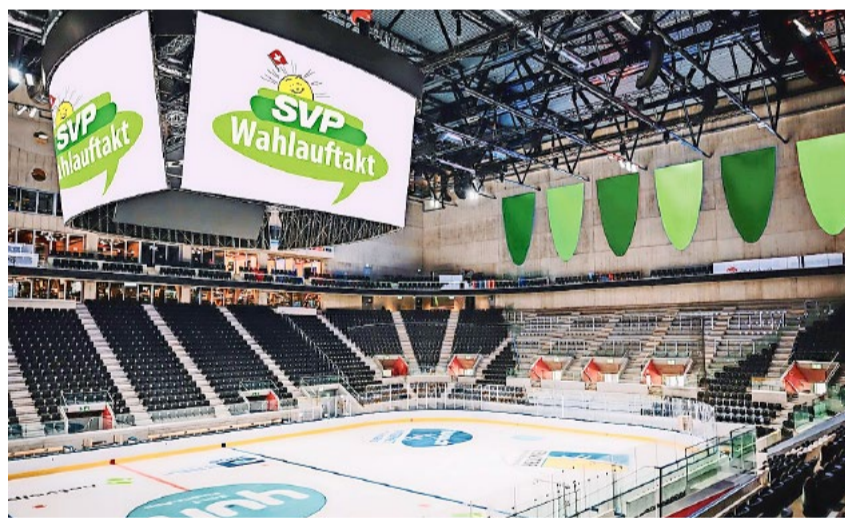
WAHLEN IM HERBST 2023

Wahlauftakt der SVP Schweiz in der Swiss Life Arena

In der neuesten und modernsten Eishockey-Arena der Schweiz, in der Swiss Life Arena der ZSC Lions in Zürich, lädt die SVP Schweiz am Samstag, 26. August 2023, zum Wahlauftakt zu den Eidgenössischen Wahlen 2023 ein. Die Veranstaltung dauert von 10.30 bis 14.30 Uhr und ist für Mitglieder und Sympathisanten frei. Die Anmeldung ist zwingend. Am Wahlauftakt werden verschiedene Darbietungen der Regionen und Special Acts präsentiert, für

Kinderunterhaltung ist gesorgt. Natürlich dürfen auch politische Statements nicht fehlen. Anwesend sind National- und Ständeräte der SVP, Parteipräsident Marco Chiesa und auch die aktiven und ehemaligen SVP-Bundesräte Guy Parmelin, Albert Rösti, Ueli Maurer, Christoph Blocher und Adolf Ogi sowie die Erbauer des Stadions, Walter Frey, Peter Spuhler und Rolf Dörig.

Jetzt anmelden unter <https://www.svp.ch/wahlauftakt-anmeldung/>.



SRG

200 Fr. sind genug!

srg-initiative.ch

Darum braucht es die SRG-Initiative:

- Obwohl die Qualität bei der SRG oft zu wünschen übrig lässt, zahlt die Schweizer Bevölkerung weltweit (!) mit heute 335 Franken die höchsten gerätunabhängigen Zwangsgebühren. Mit der Initiative müssen wir nur noch 200 Franken zahlen. (Immer noch genug!)
- Arbeitgeber und Gewerbetriebe werden doppelt zur Kasse gebeten: Die Betriebe zahlen eine umsatzabhängige SRG-Gebühr, schnell mehrere Tausend Franken. Dies, obwohl alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber schon als Privatpersonen die Abgabe von 335 Franken zahlen. Diese ungerechte Doppelbesteuerung muss abgeschafft werden!
- Junge verdienen wenig und schauen fast kein TV. Trotzdem müssen sie jährlich 335 Franken zahlen für ein Angebot, das sie nicht konsumieren. Das ist unfair und unsozial!

Jetzt Volksinitiative unterschreiben

- Keine überflüssigen Gebühren fürs Gewerbe!
- Junge entlasten, die sowieso kein TV schauen!
- Nur noch 200 Franken zahlen!



AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Auf Katerstimmung folgt Blindflug

Die linksgrüne Stadtregierung gibt das Geld mit beiden Händen aus und versäumt es, in guten Zeiten zu sparen. Und die «Klimakleber» können stets auf die Unterstützung der linken Ratschälfte zählen.



Derek Richter
Gemeinderat SVP
Zürich

Nach dem himmeltraurigen Ergebnis des letzten Wahlsonntags folgte der übliche Müssiggang im Stadtzürcher Gemeinderat. Es galt, die Rechnung 2022 zu behandeln. Einmal mehr musste der Kapitalismus für alles Mögliche herhalten.

Dass die Bodenpreise und folglich die Mieten explodieren, ist gemäss der Logik der Ratslinken auch auf einen «Bevölkerungswandel» zurückzuführen. Die Bevölkerungsexplosion durch die Masseneinwanderung und die Masslosigkeit beim Immobilienkauf nennt aber nur die SVP beim Namen. Der Zürcher Finish bei Bauprojekten in den Varianten Gold oder Platin und die Dekadenz, der gesamten Welt helfen zu wollen, seien als Aufgaben einer Weltstadt zu verstehen. Wer es allen recht machen will, macht es schliesslich niemandem recht.

Die SVP spricht Klartext

Es war einmal mehr an der SVP, die Dinge beim Namen zu nennen. Johann Widmer, Mitglied der Rechnungsprüfungskommission (RPK), brachte es ungeschminkt auf das Tapet. Politiker, die noch nie arbeiten mussten, können keinen Bezug zur Realität herstellen. Die linke Ratschälfte hat es gehört, jedoch haben sie weder, noch wollen sie es verstehen. Ihnen wurde offensichtlich Verantwortung nie beigebracht. Dies als direkte Folge der antiautoritären Verziehung durch die Alt-68er. Selbstverständlich lehnt die SVP die Rechnung 2022 als einzige Stimme der Vernunft ab. Es ist schlicht unverantwortlich und unverständlich, bei einem rekordhohen Steuerfuss von sagenhaften 129 % eine ausgeglichene Rechnung ohne Schuldenabbau vorzulegen. Spare in der Zeit, so hast du in der Not. Wer dies einem Sozialisten beibringen kann, muss göttliche Fähigkeiten haben. Ein schönes Beispiel dieser Beamtenverwahrlosung an der Limmat zeigt folgendes Beispiel: Eine Organisationseinheit des Gesundheitsdepartements thront in einem eigenen schmucken Häuschen an privilegierter Lage in Zürich-Unterstrass. Einzige Aufgabe der Beamten: die Züri-WCs zu bewirtschaften, wie auf dem Foto ersichtlich ist. Der «Masterplan Züri WC» hat schliesslich 270 Seiten, welche gehegt werden wollen.

Streitfall «Klimakleber»

Gleich drei Vorstösse zum Thema «Klimakleber» von Fraktionschef Samuel Balsiger und mir galt es, zu behandeln. Just vor zwei Tagen legten Klimakleber zwei wichtige Verkehrsachsen in die Stadt Zürich lahm und gefährdeten mit ihrer vorsätzlichen Blockade Menschenleben. Auch die Umwelt profitiert si-

cher nicht von einer solchen Nötigung und der wirtschaftliche Schaden ist kaum abschätzbar. Von linker Ratschälfte war zu vernehmen, dass wir schliesslich Meinungsfreiheit hätten, was aber von unserer bürgerlichen Seite vehement und leidenschaftlich als das benannt wurde, was es in der Tat ist: ganz einfach vorsätzliche Nötigung! Die notorisch überforderte grüne Stadträtin Rykart vom Departement für Unsicherheit stellte sich auf den Standpunkt, dass entgegen unserer Forderung, die Einsätze gemäss dem Verursacherprinzip zu verrechnen, es mit der «Verhältnismässigkeit» nicht vereinbar sei.

Jeder Automobilist, welcher eine Verzweigung erhält, muss horrenden Bearbeitungsgebühren bezahlen, welche nicht selten über der eigentlichen Busse liegen, aber hier – Fehlzanzeige. Das gehört zur Grundleistung einer Stadtverwaltung. Bei der VBZ kann der wirtschaftliche Schaden durch die Tempo-30-Obsession des Stadtrates recht genau aufgezeigt werden, bei den Klimaklebern soll dies jedoch nicht möglich sein. So eine lächerliche Aussage einer Stadträtin zeigt einmal sehr eindrücklich auf, dass sie ihr Departement weder gesucht noch ihr Amt je gefunden hat.

Bei kaum einem anderen Thema als den Verkehrs- und Sicherheitsfragen wie ein Fels in der Brandung und hielt der verantwortungslosen Seite des Rates den Spiegel der Realität vor die Augen. Sollte es wie in Wien oder Berlin zu menschlichen Verlusten kommen, werden wir Ross und Reiter schonungslos beim Namen nennen und Konsequenzen fordern.

Zu guter Letzt nahm die SVP-Fraktion mit grosser Erleichterung den Rücktritt von Bundesrat Berset zur Kenntnis.

Er wird sich wohl eher ein Pöstli bei der WHO fischen, als ein Flugunternehmen für Blindflüge zu gründen.



Achtung, hier wird hart gearbeitet. Bei der Stadtverwaltung kümmert sich eine eigene Abteilung um die öffentlichen Toiletten.

Bild: Derek Richter

FLUGHAFENPOLITIK

Der Flughafen Zürich darf nicht ausgebremst werden

Um für die Zukunft fit zu sein, braucht der Flughafen Zürich angepasste Rahmenbedingungen. Diese dürfen nicht durch falsche Behauptungen und Blockadepolitik ausgebremst werden. Wir alle profitieren vom Flughafen.

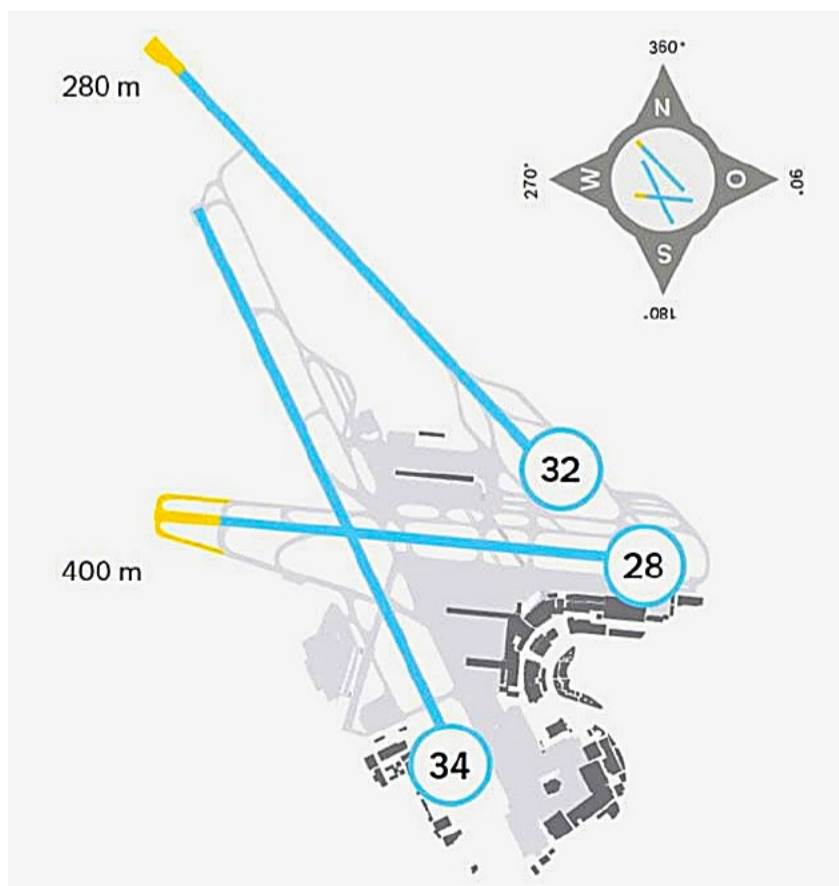


Philipp Müller
Vize-Präsident
SVP Oberrieden

Der Zürcher Kantonsrat hat am Montag mit der Debatte der Pistenverlängerungen am Flughafen Zürich begonnen. So sollen zwei der drei Pisten um 400 bzw. 280 Meter verlängert werden. Von einem neuen Flughafen also weit und breit keine Spur. Um einen Kapazitätsausbau, wie dies die gelernte Ballettpädagogin und SP-Nationalrätin Priska Seiler-Graf behauptet, handelt es sich auch nicht. Denn auf längeren Pisten können nicht mehr Flugzeuge landen oder starten. Die Diskussion wird fortgeführt, vermutlich wird an der Urne darüber entschieden werden.

Sicherheit und Stabilität müssen verbessert werden

Seit bald 50 Jahren operiert der Flughafen Zürich mit dem heutigen Pistenkonzept, bestehend aus drei Pisten, wovon sich zwei kreuzen, was per se schon viel mehr Komplexität mit sich bringt. Ein halbes Jahrhundert später sollten wir der Tatsache ins Auge sehen, dass die Flugzeuge grösser und schwerer geworden sind, aber auch leiser und umweltfreundlicher. Beim Thema Sicherheit gibt es Luft nach oben, was externe und internationale Gutachten bestätigen. Die Aviatik ist heute genau aus dem Grund so sicher, weil eben permanent alles unternommen wird, das System stetig sicherer zu machen.



Die geplanten Pistenverlängerungen am Flughafen Zürich. Bild: Flughafen Zürich AG

Wollen wir hier also wirklich den Anschluss an die Welt verlieren?

Auch wenn die Wahrscheinlichkeit äusserst gering ist, so erhöht sich die Sicherheitsmarge eines Startabbruchs und reduziert die Gefahr eines Überschliessens der Piste bei der Landung, wenn die Pisten entsprechend länger sind. Schwere Langstreckenflugzeuge könnten bei Pistenverlängerungen häufiger von Osten her landen, ohne auf

Südlandungen auszuweichen, was unplanmässige Konzeptumstellungen mit sich bringt. So gibt es bereits heute Piloten, welche proaktiv nach der Südlandebahn fragen, was den Verkehr in der Luft sowie am Boden operationell stark beeinträchtigt. Die Folgen von Konzeptumstellungen während des laufenden Betriebs sind grosse Verspätungen, was insbesondere auch das Hub-Konzept arg strapaziert.

Längere Pisten führen insbesondere auch spät abends zu weniger Verspätungen und Annullationen, weil die Flugzeuge aufgrund kürzerer Rollstrecken früher abheben können. So schaffen es im Winter gegen Betriebsende auch jene Langstreckenflugzeuge pünktlich in die Luft, welche zuerst noch entsteht werden müssen, was zusätzlich Zeit kostet, aber ohne Kompromiss nun einfach notwendig ist. Heute kommt es im Winter teilweise vor, dass Flüge spät abends annulliert werden müssen, weil sie aufgrund längerer Rollwege, kombiniert mit Enteisungen, nicht mehr vor dem Nachtflugverbot abheben können.

Wir alle profitieren vom Flughafen

Es ist wichtig, dass wir beste Rahmenbedingungen schaffen und uns sicherheitstechnisch auf dem höchstmöglichen Niveau bewegen. Verbote und Blockaden aufgrund linker Ideologien, falscher Argumente wie Kapazitätsausbau oder einfach Missgunst schaden nur dem Gesamtsystem und fördern auch keine Innovation. So hat sich zum Beispiel die Swiss freiwillig zum Ziel gesetzt, bis 2030 die Netto-CO₂-Emissionen im Vergleich zu 2019 um 50% zu reduzieren, bis 2050 sogar eine CO₂-neutrale Bilanz zu erreichen. Bremsen wir weder die Swiss, Helvetic noch irgendeine andere Airline mit ideologischen Ideen aus und unterstützen wir diese doch dabei, unter idealsten Voraussetzungen operieren zu können. Dies zum Wohle der Wirtschaft und allen, die direkt oder indirekt vom Flughafen profitieren, und sei es «nur» für die wohlverdienten Ferien.

Philipp Müller ist beruflich als Aviatik-Manager tätig.

MEDIENMITTEILUNG DES PARTEIÜBERGREIFENDEN KOMITEES MOBILITÄTSINITIATIVE VOM 16. JUNI 2023

«Gemeinsam vorwärtskommen» – Bürgerliches Komitee aus SVP und FDP reicht Mobilitätsinitiative ein

Heute Morgen um halb zehn versammelten sich Vertreter aus SVP und FDP, unter ihnen die Parteipräsidenten Domenik Ledergerber und Hans-Jakob Boesch, vor der Justizdirektion, um gemeinsam die Mobilitätsinitiative einzureichen. Die Initiative möchte, dass auf den Hauptstrassen der Verkehr wieder fliessen kann, um Stau und gefährlichen Ausweichverkehr zu vermeiden.

8391 Personen haben die Volksinitiative unterzeichnet – weit mehr als die nötigen 6000 Unterschriften. Der Präsident des Initiativkomitees, Christian Lucek (SVP), berichtet: «Überall, wo wir Unterschriften sammelten, erlebten wir grosses Interesse und enorme Unterstützung. Dies zeigt, dass das Anliegen breiten Anklang in der Bevölkerung gefunden hat. Die Bevölkerung hat genug von der desaströsen und ideologischen Verkehrspolitik in den linksgrün regierten Städten.»

Die Temporeduktionen auf den städtischen Hauptachsen bewirken das Gegenteil dessen, was sie versprechen. Der private und öffentliche Verkehr stockt, ohne dass die Lärmbelastung spürbar sinkt. Der Autoverkehr weicht so in die Wohnquartiere aus. Marc Bourgeois, Kantonsrat FDP und Vizepräsident des Initiativkomitees, findet: «An dieser ideologischen Politik leiden wir alle: die Wirtschaft, die Wohnbevölkerung, aber auch die Notfalldienste, die steckenbleiben. Dies schmälert nicht nur den Wohlstand und die Lebensqualität, sondern kann auch gefährlich sein, etwa für spielende Kinder in den Quartieren.»

Die Mobilitätsinitiative ist Ausdruck des verkehrspolitischen Konsenses von FDP und SVP. Sie geht ursprünglich auf einen parlamentarischen Vorstoss von SVP-Ständeratskandidat Gregor Rutz von 2017 zurück, der von der FDP unterstützt wurde.

Angesichts der grassierenden Anordnungen von flächendeckendem Tempo 30 fordern die Initianten der SVP und FDP, dass bis zur Volksabstimmung kein weiteres Geld mehr in die Umge-

staltung von Hauptstrassen zu Tempo-30-Strecken investiert wird. SVP und FDP sind sich einig, dass die Verkehrspolitik wieder in einen gesetzlichen und pragmatischen Rahmen gelenkt werden muss. Die exzellente Zusammenarbeit bei der Mobilitätsinitiative hat gezeigt, was gemeinsame bürgerliche Politik auch in anderen Bereichen erreichen kann. Die SVP und die FDP freuen sich auf einen sachlichen und fairen Abstimmungskampf.



Erfolgreiche Zusammenarbeit: Domenik Ledergerber, Roland Scheck, Christian Lucek, Marc Bourgeois, Sandro Frei und Hans-Jakob Boesch bei der Einreichung der Mobilitätsinitiative (v.l.n.r.). Bild: Mattia Mettler

MEDIENMITTEILUNG DER SVP KANTON ZÜRICH VOM 21. JUNI 2023

SVP-Kantonalvorstand beschliesst Listenverbindung mit FDP Kanton Zürich

Der Kantonalvorstand der SVP Kanton Zürich hat heute Abend beschlossen, eine Listenverbindung mit der FDP Kanton Zürich für die Nationalratswahlen einzugehen und beim Ständeratswahlkampf für den Stand Zürich zusammenzuarbeiten. Dies unter dem Vorbehalt, dass die FDP Kanton Zürich an ihrer heutigen Delegiertenversammlung ebenfalls der Listenverbindung zustimmt.

Einstimmig hat der Kantonalvorstand der SVP Kanton Zürich heute den Vorschlag der Parteileitung angenommen, eine Listenverbindung mit der FDP Kanton Zürich einzugehen. Parteipräsident Domenik Ledergerber betonte in seiner Rede einmal mehr die Notwendigkeit eines bürgerlichen Schulterschlusses: «Im Bundesparlament dominiert heute eine Mitte-Links-Allianz, die von der GLP und Die Mitte bis zu den Grünen reicht. Die gut funktionierende und produktive Zusammenarbeit zwischen FDP und SVP auf kantonaler Ebene muss ebenso entschlossen in Bern umgesetzt werden. Dann stehen die Chancen gut, die linke Dominanz in Bern im Herbst zu beenden.» Die SVP ist optimistisch, dass die FDP-Delegierten heute Abend ebenfalls der Listenverbindung zustimmen

werden. Ebenfalls fasste der Kantonalvorstand einstimmig die NEIN-Parole zur Seeuferweg-Initiative, die voraussichtlich im Frühling nächstes Jahr zur Abstimmung kommt. Die Uferinitiative schadet Umwelt und Tieren, ist enorm teuer und auch die Enteignungen, die zwingende Folge der Initiative wären, verletzen rechtsstaatliche Grundsätze.

Zuletzt standen die Pistenverlängerungen am Flughafen Zürich auf der Traktandenliste des Kantonalvorstandes. Die Referenten, KR-Fraktionspräsident Martin Hübscher und alt Kantonsrat Christian Lucek, machten geltend, dass die Pistenverlängerungen eindeutige Verbesserungen in Sicherheit und Stabilität sowie eine Abnahme der Lärmbelastung bringen. Ausserdem ist ein effizienter Flughafenbetrieb für die wirt-

schaftliche Stabilität und Attraktivität des Kantons Zürich von grosser Bedeutung.

Die SVP des Kantons Zürich setzt sich seit je her für einen starken Flughafen Zürich ein und wird dies auch in Zukunft mit grossem Engagement tun.

Nichtsdestotrotz sieht sich die SVP des Kantons Zürich aber auch in der Pflicht, möglichst wenig Fruchtfolgefleichen für die Renaturierung der Glatt zu opfern.

Sie wird dies mit einem Postulat tun und sich so gleichzeitig für die Ökologie rund um den Flughafen stark machen.

Der Kantonalvorstand folgte diesen Argumenten grossmehrheitlich und fasste den Entschluss, die Pistenverlängerungen zu unterstützen.

LESERBRIEF

Linksgrüne Scheinheiligkeit in der Energiepolitik

Die Schweiz stimmte JA zum neuen Klimagesetz und das heisst Folgendes: Der Stromverbrauch wird enorm steigen. Sind wir in der Lage, so schnell Ersatz zu finden? Wohl kaum, es droht Strommangel. Der Strom wird noch teurer und Millionen Haushalte kämpfen jetzt schon mit den explodierenden Lebenshaltungskosten, wie steigenden Krankenkassenprämien, steigenden Mietkosten etc. Die Kleinverdiener verarmen. Ist das sozial? Der Bund hat in den letzten drei Jahren ein enormes Defizit gemacht. Wie hoch steigt die Staatsverschuldung noch?

China freut's. Mit Milliarden werden nun Solarpanels aus China gekauft, hergestellt mit schmutzigem Kohlenstrom, und mit Frachtschiffen, betrieben mit

noch schmutzigerem Schweröl, von China via Suezkanal in die Schweiz transportiert. Was macht das kommunistische China mit dem Geld? Aufrüsten, atomare Interkontinentalraketen bauen, Taiwan bedrohen und Putin unterstützen. Ganz zu schweigen von den immer noch schwersten Menschenrechtsverletzungen in China. Und wir kaufen ihnen noch ihre Solarpanels ab. Was für ein Widerspruch und eine Doppelmoral. Im Mittleren Osten, Saudi-Arabien, Kuwait, VAE, Katar, Iran etc. verbrennen sie weiterhin jeden Tag Unmengen an Erdöl für die Stromgewinnung und das noch in zehn oder zwanzig Jahren.

Also wenn die Schweiz 2050 klimaneutral sein soll, ist die Welt noch lange

nicht klimaneutral und der Aletschgletscher wird immer noch schmelzen wie ein Glacé unter dem Heizstrahler.

Vermutlich vernichtet sich die westliche Welt selber und die Schweiz will die Welt retten mit Solarpanels aus China, wo schwerste Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind. Die SVP sollte mehr die Widersprüche der linksgrünen Möchtegerngutmenschen, welche in einer Märchenwelt leben, aufzeigen. Linksgrün redet immer von Menschenrechten und Klimaschutz und nun kaufen sie mit Milliarden Franken an Steuergeldern Solarpanels, welche nicht klimaneutral hergestellt und via Schiff geliefert werden, aus China.

P.H., Zürich

ANGEBLICH IM DIENST DER MEINUNGSFREIHEIT

EU zensiert weiter

Mit dem Argument, die Meinungsfreiheit schützen zu wollen, will die EU-Kommission per DSA (Digital Services Act) festlegen, welche Informationen erlaubt oder nicht erlaubt sein sollen. Die EU-Kommission kann also direkt entscheiden, welche Informationen öffentlich werden und welche nicht.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär
Pfäffikon

Die Meinungsfreiheit soll also einmal mehr «kanalisiert» werden und ist damit keine Meinungsfreiheit mehr. Es gibt ab dem 28. August 2023 eine vollständige inhaltliche Zensur digitaler Inhalte in sozialen Netzwerken. So will die EU die Verbreitung von Desinformation, Hass und Hetze durch Internetplattformen bekämpfen.

Ausnahme Twitter

Twitter hat der Europäischen Kommission mitgeteilt, dass es ernsthaft in Erwägung ziehe, sich aus dem EU-Verhaltenskodex für Desinformation zurückzuziehen. Über die freiwilligen Selbstverpflichtungen hinaus werde der Kampf gegen Desinformation im Rahmen des EU-Gesetzes über Digitale Dienste Digital Services Act (DSA) vom 25. August an sowieso für alle verpflichtend sein. «Unsere Teams werden zur Durchsetzung bereit sein», droht der zuständige EU-Kommissar. Und weiter: «Wir sind nicht hier, um zu kommentieren. Wir sind hier, um zu regulieren.»

«Ein Europa für das digitale Zeitalter» lautet einer der Propagandasprüche der EU-Kommission. Eine «Beaufsichtigungsstruktur» wird also geschaffen. Diese wird so kleinlich umgesetzt, dass die Mächtigen alleine entscheiden, was genau wahr und was falsch ist. Das angeblich Falsche müssen die Internetkonzerne unter akuter Strafdrohung schnell löschen.

Inzwischen sind es 19 Plattformen und Suchmaschinen, die unter dem DSA besonders in die Pflicht genommen werden. Darunter Firmen wie Google, Snapchat oder Facebook.

Die EU verlangt von diesen Firmen Rechenschaft. Sie müssen analysieren, ob «durch Verbreitung von illegalen Inhalten und Desinformation eine Gefahr für Grundrechte, die Achtung der Menschenwürde, den Jugendschutz und die öffentliche Gesundheit ausgehen oder ob sie Gewalt an den Frauen fördern». Der Bericht und die Vorschläge, wie diese von den Algorithmen ausgehenden Risiken eingedämmt werden könnten, würde dann «von unabhängiger

Seite» geprüft. Die bevorstehende Implementierung des DSA, die am 25. August vollständig in Kraft treten soll, verstärkt alle Befürchtungen. Die Notwendigkeit, gegen Desinformation und Cybergewalt vorzugehen, ist nicht zu bestreiten, jedoch scheint die Auslegung dieser Regeln die freie Meinungsäusserung unverhältnismässig einzuschränken.

Wer ist das

«Wahrheitsministerium»?

Ein zentrales Anliegen der Kritiker dieses Gesetzes ist die Frage, wer als «Wahrheitsministerium» fungiert und entscheidet, was als «Fake News» betrachtet wird. In diesem Prozess herrschen eine erschreckende Transparenzlosigkeit und Unklarheit. Für die Bürger sind die Kriterien und Definitionen, die zur Klassifizierung von Inhalten verwendet werden, völlig unbekannt und inakzeptabel.

Eine solche Praxis droht, eine einseitige Informationskontrolle zu fördern, und läuft den Grundprinzipien der Demokratie zuwider.

Darüber hinaus fühlen sich viele Bürger durch den Mainstream und dessen Berichterstattung manipuliert und falsch informiert. Beispielsweise durch die öffentlichen Sender. Die Transparenz ist zu stärken und eine objektive, faire und ausgewogene Berichterstattung sicherzustellen.

Zensur sollte auf extreme und klar definierte Fälle beschränkt bleiben, wie z.B. Kinderpornografie, explizite Gewalt und ähnliches – nicht zur Unterdrückung von Dissens und kontroverser Diskussion. Die Meinungsfreiheit ist also auf digitalen Plattformen zu schützen und es ist für Transparenz bei der Durchsetzung der Zensurvorschriften zu sorgen.

Einseitige Informationskontrolle

Die damalige Bundesrätin Simonetta Sommaruga erklärte im Parlament am 9. Mai 2022: «Es ist wichtig, dass wir uns bewusst sind, dass die Europäische Union mit dem Digital Services Act auch daran ist, mittels Gesetzgebungsverfahren tätig zu werden. Wir beobachten das sehr genau und werden sicher auch in der Schweiz entsprechende Vorgaben prüfen.» Auch Sommaruga sprach vom Schutz der freien Meinungsäusserung – in Wahrheit geschieht mit dem DSA genau das Gegenteil.



Ende der Meinungsfreiheit? Die Linke bezeichnet andere Argumente inzwischen routinemässig als Desinformation. Bild: Pixabay



Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

alt Nationalrat Christoph Mörgeli. Thema: Es braucht mehr SVP in Bern!

Sonntag, 17. September 2023, 10.00 bis 14.00 Uhr, Puurezmorge, Bauernhof Albert Schumacher, Katzenseestrasse 8, Zürich-Affoltern.

Stadt Zürich/Kreis 12
Freitag, 23. Juni 2023, 19.30 Uhr, Grillfest, Baracke Auzelg, Opfikonstrasse 25, Zürich, mit Nationalrat Mauro Tuena. Anmeldung an bababolt@hotmail.com.

Junge SVP Kanton Zürich
Freitag, 7. Juli 2023, 19.00 Uhr, Besuch am Züri Fäscht, Treffpunkt Bahnhof Tiefenbrunnen, Zürich. Anmeldung an vontobel@jsvp-zh.ch.

BUNDESFEIERN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Montag, 31. Juli 2023, 18.30 Uhr, Hof der Familie Weiss, Dachenmassstrasse 50, Bonstetten, mit Nationalrat Benjamin Fischer.

Bezirk Bülach/Wallisellen
Montag, 31. Juli 2023, 18.00 Uhr, Festzelt beim Stadthaus, Wallisellen, mit Stadtrat Thomas Eckereder.

Bezirk Dielsdorf/Niederglatt
Dienstag, 1. August 2023, 18.00 Uhr, Eschenberg, Niederglatt, mit Kantonsrätin Romaine Roggenmoser.

Kanton Bern
Montag, 31. Juli 2023, 14.00 Uhr, Tellspielareal, Matten bei Interlaken, mit alt Bundesrat Christoph Blocher. Anmeldung unter www.proschweiz.ch.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 24. Juni 2023, 12.45 Uhr, Generalversammlung PIKOM, Gasthof zum Schützen, Schachenallee 39, Aarau, mit Referat von Nationalrat Benjamin Giezendanner. Anschliessend Apéro.

Mittwoch, 5. Juli 2023, 19.00 Uhr, Generalversammlung Bund der Steuerzahler (BDS), MZH Stiftung zum Glockenhaus, Sihlstrasse 33, Zürich, mit Referat von Nationalrat Alfred Heer. Anschliessend Apéro.

Dienstag, 11. Juli 2023, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Best Western Hotel Spirgarten, Lindenplatz 5, Zürich-Altstetten.

Samstag, 26. August 2023, 10.30 – 14.30 Uhr, Wahlauftakt der SVP Schweiz, Swiss Life Arena, Vulkanstrasse 130, Zürich-Altstetten. Anmeldung unter www.svp.ch.

Freitag, 22. September 2023, bis Sonntag, 24. September 2023, SVP-Schiessen 2023, Vorschüssen am Freitag, 15. September 2023, Schiessanlage Oberhof, Tötsstalstrasse 448, Fischenthal. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-oberland.ch/svp-schiessen-23.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5% MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Mattia Mettler, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Insertenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Mattia Mettler, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

SVP-STAMM

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 31. Oktober 2023, 19.30 Uhr, Referat zur Neutralitätsinitiative, Gemeindsaal Bonstetten, mit alt Bundesrat Christoph Blocher.

Bezirk Dielsdorf/Rümlang
Samstag, 24. Juni 2023, 13.00 – 20.00 Uhr, Familientag, Hof Breitenstein, Katzenrütistrasse 110, Rümlang.

Bezirk Horgen
Donnerstag, 6. Juli 2023, 19.00 Uhr, Bezirkshöck, Restaurant Etlzberg, Etlzbergstrasse 14, Thalwil.

Bezirk Meilen/Zollikon
Freitag, 30. Juni 2023, 18.00 – 21.00 Uhr, Zürichsee-Fischessen, Fischerhüsiareal, Seestrasse 2, Zollikon, mit Nationalrat Alfred Heer.

Samstag, 1. Juli 2023, 18.00 – 21.00 Uhr, Zürichsee-Fischessen, Fischerhüsiareal, Seestrasse 2, Zollikon, mit Nationalrat Alfred Heer.

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Freitag, 8. September 2023, 18.30 Uhr, SVP-Herbst-Party, Schützenhaus, Russikon, mit Kantonsrätin Romaine Roggenmoser. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Bezirk Uster/Mönchaltorf
Freitag, 15. September 2023, 19.30 Uhr, Grillabend, Rotblattstübli, Esslingen.

Stadt Zürich/Kreis 6
Dienstag, 27. Juni 2023, 19.00 Uhr, Mitgliederversammlung, Wild West Steakhouse, Irchelpark, Winterthurerstrasse 175, Zürich, mit Referat von Kantonsrätin Nina Fehr Düsel. Anschliessend Apéro.

Stadt Zürich/Kreis 7 und 8
Freitag, 30. Juni 2023 bis Samstag, 1. Juli 2023, SVP-Stand am Seefeld-Fest, beim GZ Riesbach, Seefeldstrasse 93, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 1. Juli 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 15. Juli 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Freitag, 25. August 2023, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach, mit

Dübendorf, 21. Juni 2023

EINLADUNG
zur Delegiertenversammlung
vom Dienstag, 11. Juli 2023, 19.30 Uhr
Best Western Hotel Spirgarten, Lindenplatz 5, 8048 Zürich

Venuesprogramm
Türöffnung und Verpflegung ab 18.30 Uhr, Vorprogramm ab 18.45 Uhr

- Genossen Sie einen leckeren «Znacht» mit Wienerl oder Fleischkäse mit Kartoffelsalat
- Musikalecher Auftakt durch Seniorenorchester Zürich / Salon-Beetzung
- Begrüssung durch Camille Lothe, Präsidentin SVP Stadt Zürich
- Grüesswort von Ständeratskandidatin NR Regine Sauter (FDP)

Trajektanden

1. Begrüssung und Standortbestimmung	Parteipräsident
2. Wahl der Stimmzähler	
3. Parolenfassung	
a) Seeuferweg-Initiative	Parteipräsident
b) Pflanzverlängerung (kontradiktorisch)	aKR Christian Lucek
Einführung:	KR Ueli Bamert (SVP)
Kontradiktorisch:	KR Florian Meier (Grüne Partei)
Pro:	
Contra:	
4. Nachhaltigkeits-Initiative (Start Unterschriftenammlung)	NR Thomas Matter
5. National- und Ständeratswahlen 22. Oktober 2023: Die SVP Kanton Zürich muss gewinnen!	Alt BR Dr. Christoph Blocher
6. Info-Block Ständeratskandidat NR Gregor Rutz	NR Gregor Rutz
7. Verschiedenes	

Ständeratskandidat
Gregor Rutz
im Einsatz

Montag, 26. Juni 19:00
MV Verein «Zusammenschluss Oberlandstrasse»
Lückenschluss bei der Oberlandautobahn – aktueller Stand: Orientierung durch Gregor Rutz und Nationalrat Bruno Walliser (Anmeldung an info@oberlandstrasse.ch)
Gartencenter Meier, Kreuzstr. 2, 8635 Dürnten

Freitag, 30. Juni 19:00-21:00
Seefeld-Fest (SVP-Stand)
beim GZ Riesbach, Seefeldstr. 93, 8008 Zürich

Sonntag, 2. Juli 10:00
Puurezmorge in Dübendorf
mit Gregor Rutz und Kantonsrat Patrick Walder (Anmeldung an veranstaltungen@svp-duebendorf.ch)
Bauernhof Buanstr. 11, 8600 Dübendorf

Montag, 3. Juli 18:00
«Verdichtung oder Grenzen dicht?»
Podium mit Gregor Rutz, Nationalrätin Céline Widmer (SP), Kantonsrat Martin Fomer (FDP) und Stadtrat Daniel Leupi (Grüne)
ZAZ Bellevoie, Zentrum Architektur Zürich, Höschgasse 3, 8008 Zürich

Dienstag, 4. Juli 18:30
Aktuelles aus Bundesbern
Sessionsrapport mit Gregor Rutz sowie den Nationalräten Alfred Heer und Mauro Tuena
Hotel Neufeld, Friesenbergstr. 15, 8055 Zürich



JA ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT

DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen

neutralitaet-ja.ch

